



Peine, 14.01.2026

Protokoll

21. Sitzung des Kreistages des Landkreises Peine

Sitzungstermin:	Mittwoch, 10.12.2025, 17:00 Uhr
Raum, Ort:	S-Treffpunkt der Sparkasse HGP, Celler Straße 31, 31224 Peine
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	19:45 Uhr

Anwesenheitsliste

Anwesend:

Vorsitz

Hartmut Marotz SPD

Mitglieder

Birgit Reimers parteilos

Henning Heiß Verwaltung

Matthias Möhle SPD

Stefanie Weigand Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

Marion Övermöhle-Mühlbach CDU

Maik Burgdorf SPD

Sebastian Hebbelmann SPD

Frank Hildebrandt SPD

Frank Hoffmann SPD

Thomas Kirchmann SPD

Maik Meyer SPD

Christoph Moritz SPD

Miriam Riedel-Kielhorn SPD

Robin Samtlebe SPD

Antje Schulz SPD

Nadine Schünemann SPD

Christine Spittel SPD

Oliver Wedekind SPD

Stefan Wilke SPD

Björn Busse CDU

Sigurt Grobe CDU

Enrico Jahn CDU

Dr. Christof Klinke CDU

Karsten Könnecker CDU

Michael Kramer CDU

ab 17:35 Uhr

Carsten Lauenstein CDU
Andreas Leinz CDU
Julius Nießen CDU
Christoph Plett CDU
Georg Raabe CDU
Thomas Schellhorn CDU
Günter Schmidt CDU
Jürgen Wehmer CDU
Dr. Josef Efken Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
Christian Falk Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
Doris Maurer-Lambertz Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
Rosemarie Waldeck Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
Claudia Wilke Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
Günther Engelhardt AfD
Andreas Tute AfD
Dr. Anja Belte FW-PB
Karl-Heinrich Belte FW-PB
Christian Meyer DIE BASIS
Michael Baum FREIE WÄHLER
Ilse Schulz FBI
Martin Schampera Volt

Protokollführung

Katja Schröder Verwaltung

Verwaltung

Cordula Heimburg Verwaltung
Ulrich Heinisch Verwaltung
Bettina Conrady Verwaltung
Prof. Dr. Andrea Friedrich Verwaltung
Michael Schrader Verwaltung
Fabian Laaß Verwaltung
Jonas Krüger Verwaltung

Vertretung für: Christian Mews

Vertretung für: Carsten Stuhr

Abwesend:

Mitglieder

Niwes Huy parteilos	abwesend
Holger Meyer SPD	entschuldigt
Simone Pifan SPD	entschuldigt
Jan Wouter van Leeuwen FDP	entschuldigt

Verwaltung

Christian Mews Verwaltung	entschuldigt
Carsten Stuhr Verwaltung	entschuldigt

Gäste: Steffen Lange

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
3. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 01.10.2025
4. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
5. Neubesetzung der Steuerungsgruppe 2025/169
6. Stimmberechtigte Vertreterinnen und Vertreter in der ITEBO Einkaufs- und Dienstleistungsgenossenschaft e.G. 2025/184
7. Gemeinsame kommunale Anstalt "Hannoversche Informationstechnologien AöR (HannIT)" - Neubesetzung/Benennung des Vertreters im Verwaltungsrat 2025/186
8. Berufung der Gleichstellungsbeauftragten 2025/178
9. Wahl der Dezernatsleitung für Umwelt, Bauen und Verbraucherschutz 2025/190
10. Benennung eines Bürgervertreters im Ausschuss für Regionalverkehr des Regionalverbandes Großraum Braunschweig 2025/196
11. Kreisfeuerwehr: Ernennung des Kreisbrandmeisters 2025/174
12. Feuerwehr-Technische-Zentrale (FTZ): bauliche Erweiterung 2025/167
13. Aufhebung und Erlass einer Gebührensatzung für Leistungen der Feuerwehrtechnischen Zentrale (FTZ) und der Kreisfeuerwehr 2025/172
14. 4. Änderungssatzung zur Anstaltssatzung der Abfallwirtschafts- und Beschäftigungsbetriebe Landkreis Peine - Kommunale Anstalt des öffentlichen Rechts 2025/180
15. Bestellung des Vorstandes der Abfallwirtschafts- und Beschäftigungsbetriebe Landkreis Peine AöR zum 01.03.2026 2025/181
16. 6. Änderungssatzung zur Abfallentsorgungssatzung der Abfallwirtschafts- und Beschäftigungsbetriebe Landkreis Peine - Kommunale Anstalt des öffentlichen Rechts 2025/182
17. Beschluss über Neufassung der Abfallgebührensatzung 2026 2025/183
18. Rechtsformwechsel Klinikum - Satzung AöR 2025/195
Die Vorlage wird nachgereicht
19. Beauftragung zur Durchführung des Rettungsdienstes 2025/168
20. Niedersächsischer Weg: Vertrag zur Anlage von Rebhuhnschutzflächen 2025/160

21.	Richtlinie zur Förderung der Kinder- und Jugendarbeit im Landkreis Peine	2025/157
22.	Änderung der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen an die im Kreistag des Landkreises Peine vertretenden Fraktionen und Gruppen	2025/173
23.	Kommunalwahl 2026 - Festlegung der Wahlbereiche	2025/192
24.	Teilnahme am Bundesprogramm "Förderung kommunaler Sportstätten"	2025/194
25.	Antrag der Gruppen SPD/Bündnis 90 Die Grünen und CDU/FDP - Hol und Bringzone BBS Peine	
26.	Antrag der Gruppe CDU/FDP - Gemeinschaftsprojekt Radweg entlang der Kreisstraße 7 zwischen Wehnsen und Dedenhausen	2025/193
27.	Antrag der Gruppe CDU/FDP - Gemeinschaftsprojekt Radweg entlang der Kreisstraße 10 zwischen Plockhorst und Ohof	
28.	Verzicht auf Erstellung des konsolidierten Gesamtabchlusses für das Haushaltsjahr 2023	2025/149
29.	Haushaltssicherungsbericht 2025 und Haushaltssicherungskonzept 2026	2025/185
30.	Gesamthaushalt 2026	2025/187
31.	Annahme und Vermittlung von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen; Geldspende für die IGS Lengede sowie drei Sachspenden für das Gymnasium am Silberkamp	2025/176
32.	Bericht des Landrates	
33.	Anfragen und Anregungen	

Protokoll

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung

Vorlage:

Kreistagsvorsitzender Marotz eröffnet die Sitzung und weist die Kreistagsabgeordneten auf die ausliegenden Kalender der Astrid-Lindgren-Schule als Weihnachtsgeschenk der Kreisverwaltung hin.

2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Vorlage:

Kreistagsvorsitzender Marotz stellt die ordnungsgemäße Ladung fest und erklärt, dass 45 Kreistagsabgeordnete und der Landrat anwesend sind. Die Beschlussfähigkeit ist somit gegeben.

Landrat Heiß schlägt vor, drei Tagesordnungspunkte von der Tagesordnung zu nehmen:

- TOP 21 „Richtlinie zur Förderung der Kinder- und Jugendarbeit im Landkreis Peine“ – Hier solle zunächst eine Beratung im Jugendhilfeausschuss erfolgen.
- TOP 23 „Kommunalwahl 2026 – Festlegung der Wahlbereiche“ – Der Antragsteller KTA Belte möchte hierzu noch einige Erkundigungen einziehen.
- TOP 26 „Antrag der Gruppe CDU/FDP – Gemeinschaftsprojekt Radweg entlang der Kreisstraße 7 zwischen Wehnsen und Dedenhausen“ – Hier müsse aktuell noch geklärt werden, ob die Region Hannover bereit sei, den Radweg auf ihrem Gebiet zu bauen und zu finanzieren. Eine erneute Beratung würde dann im Anschluss erfolgen.

Der Kreistag stellt die geänderte Tagesordnung im Anschluss einstimmig fest.

3. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 01.10.2025

Vorlage:

4. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Vorlage:

Herr Baumeister hat Fragen zur Arbeitspflicht für Asylsuchende. Er möchte wissen, um wie viele Asylsuchende es konkret gehe und aus welchem Etat die zusätzlichen Mittel aufgebracht würden. Aufgrund der dezentralen Unterbringung von vielen Asylsuchenden bittet er zudem um Information, wie hoch die Kosten seien, um diese zu ihren jeweiligen Arbeitsplätzen zu bringen. Peter Baumeister erklärt zudem, dass er sich vor über zwei Monaten an KTA Plett gewandt und um Unterstützung hinsichtlich der Arbeitsaufnahme eines ukrainischen Ehepaares gebeten hätte. Er bittet um Auskunft, ob KTA Plett sich hierzu mit

einem Schreiben an die Kreisverwaltung gewandt hätte.

Landrat Heiß erklärt, dass die genaue Zahl der arbeitsfähigen Asylsuchenden nachgereicht werde. Der besagte Etat sei so ausdrücklich nicht im Haushalt 2026 enthalten, da es hinsichtlich der tatsächlichen Höhe der Kosten bisher wenig Erfahrungen gebe.

Dementsprechend werde das Vorhaben ohne eine ausdrückliche Ausweisung im Haushalt 2026 durchgeführt. Aufgrund der gegenseitigen Deckungsfähigkeit werde es jedoch möglich sein, die erforderlichen Finanzmittel aus dem Haushalt 2026 heraus zur Verfügung zu stellen. Auch die Kosten, um die Asylsuchenden zu ihren jeweiligen Arbeitsstätten zu bringen, würden darunterfallen. Innerhalb des nächsten halben Jahres könnten hierzu genauere Aussagen getroffen werden, sodass für den Haushalt 2027 verlässliche Zahlen vorliegen würden. Ein besagtes Schreiben von KTA Plett an die Kreisverwaltung liege, laut Kreisrätin für Soziales Prof. Dr. Friedrich, nicht vor.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

5. Neubesetzung der Steuerungsgruppe

Vorlage: 2025/169 ungeändert beschlossen

Beschluss:

Der Kreistag beruft Margarete Kubiak-Bier, Susanne Speidel und Sarah Ebernicketl, Katja Wendhausen, Christian Menzel, Lena Friehs, Guido Schwanke in den Steuerkreis der Gesundheitsregion.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Ja-Stimmen: 46 Nein-Stimmen: Enthaltung/en:

6. Stimmberechtigte Vertreterinnen und Vertreter in der ITEBO Einkaufs- und Dienstleistungsgenossenschaft e.G.

Vorlage: 2025/184 ungeändert beschlossen

Beschluss:

Herr Steffen Rösemann wird mit Wirkung zum 01.01.2026 als bevollmächtigter Vertreter von Landrat Henning Heiß in die Generalversammlung der ITEBO Einkaufs- und Dienstleistungsgenossenschaft e.G. gewählt. Herr Bernd Leunig wird mit Wirkung zum 31.12.2025 als Vertreter des Landrats in der Generalversammlung der ITEBO Einkaufs- und Dienstleistungsgenossenschaft e.G. abberufen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Ja-Stimmen: 46 Nein-Stimmen: Enthaltung/en:

7. Gemeinsame kommunale Anstalt "Hannoversche Informationstechnologien AÖR (HannIT)" - Neubesetzung/Benennung des Vertreters im Verwaltungsrat
Vorlage: 2025/186 ungeändert beschlossen

Beschluss:

Der Kreistag benennt für den Verwaltungsrat der gemeinsamen kommunalen Anstalt „HannIT – Hannoversche Informationstechnologien AÖR“

Herrn Erster Polizeihauptkommissar (EPHK) Steffen Rösemann

als Vertreter des Landkreises Peine mit Wirkung zum 01.01.2026.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Ja-Stimmen: 46 Nein-Stimmen: Enthaltung/en:

8. Berufung der Gleichstellungsbeauftragten

Vorlage: 2025/178 ungeändert beschlossen

Landrat Heiß dankt zunächst Frau Heimburg, die nach dem Ausscheiden von Frau Tödter die Aufgaben der Gleichstellungsbeauftragten wahrgenommen hat, für ihre geleistete Arbeit. Nach dem durchgeführten Personalauswahlverfahren werde nun Frau Cramm als neue Gleichstellungsbeauftragte ab dem 01.01.2026 vorgeschlagen.

Beschluss:

Frau Maria Cramm wird mit Wirkung ab 01.01.2026 zur Gleichstellungsbeauftragten beim Landkreis Peine berufen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei zwei Enthaltungen

Ja-Stimmen: 44 Nein-Stimmen: Enthaltung/en: 2

Frau Cramm, aktuell noch als Sozialarbeiterin im Gesundheitsamt des Landkreises tätig, freut sich sehr auf ihr neues Aufgabengebiet und macht deutlich, dass es für sie eine große Ehre sei, dass sowohl Politik als auch Verwaltung das Vertrauen in sie setzen würden, diese so wichtige Stelle zu übernehmen. Sie sei davon überzeugt, dass der gesamte Landkreis vom weiteren Vorankommen im Bereich der Gleichstellung profitieren könne.

9. Wahl der Dezernatsleitung für Umwelt, Bauen und Verbraucherschutz

Vorlage: 2025/190 ungeändert beschlossen

Landrat Heiß teilt mit, dass eine Ausschreibung der Stelle auf der vom Kreistag beschlossenen Grundlage erfolgt sei. Die Bewerberlage sei gut gewesen. Der Kreistag hätte die Möglichkeit gehabt, in die Unterlagen Einsicht zu nehmen. Er selbst hätte mit den Bewerberinnen und Bewerbern intensive Gespräche geführt. Am Ende sei er zu der Einsicht gelangt, dass Dr. Christian Brinsa die geeignete Person für diese durchaus schwierige Aufgabe sei und schlägt ihn daher zur Wahl vor.

Beschluss:

Herr Dr. Christian Brinsa wird zum 01.09.2026 unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Zeit zum Kreisrat für Bauen beim Landkreis Peine gewählt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei vier Enthaltungen

Ja-Stimmen: 42 Nein-Stimmen: Enthaltung/en: 4

Herr Dr. Brinsa, derzeit tätig als Geschäftsbereichsleiter Hochbau bei der Stadt Wolfsburg, blickt mit Vorfreude auf seinen Arbeitsbeginn im kommenden Jahr. Er erklärt, dass er den Landkreis Peine, in dem er selbst aufgewachsen sei und auch heute mit seiner Familie lebe, bestmöglich bei seiner weiteren Entwicklung unterstützen wolle.

10. Benennung eines Bürgervertreters im Ausschuss für Regionalverkehr des Regionalverbandes Großraum Braunschweig

Vorlage: 2025/196 ungeändert beschlossen

Beschluss:

Herr Matthias Wehrmeyer wird als Bürgervertreter für den Ausschuss für Regionalverkehr des Regionalverbandes Großraum Braunschweig benannt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Ja-Stimmen: 45 Nein-Stimmen: Enthaltung/en:

11. Kreisfeuerwehr: Ernennung des Kreisbrandmeisters

Vorlage: 2025/174 ungeändert beschlossen

Landrat Heiß dankt Herrn Ernst dafür, dass sich dieser wieder für das Amt zur Verfügung stelle. Er sei ein hervorragender Kreisbrandmeister und habe einen guten Rückhalt bei der Feuerwehr.

Beschluss:

Herr Rüdiger Ernst wird mit Wirkung zum 01. März 2026 für die Dauer von sechs Jahren erneut in das Ehrenbeamtenverhältnis als Kreisbrandmeister für den Landkreis Peine berufen. Die Ernennung für sechs Jahre erfolgt vorbehaltlich der Anhebung der Altersgrenze bis zum 29.02.2032. Sollte die Altersgrenze bestehen bleiben, endet die Amtszeit am 31.12.2030.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Ja-Stimmen: 44 Nein-Stimmen: Enthaltung/en:

12. Feuerwehr-Technische-Zentrale (FTZ): bauliche Erweiterung

Vorlage: 2025/167 ungeändert beschlossen

Beschluss:

Die Feuerwehr-Technische Zentrale wird baulich mit Garagen sowie zusätzlichen Stellplätzen erweitert.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Ja-Stimmen: 43 Nein-Stimmen: Enthaltung/en:

13. Aufhebung und Erlass einer Gebührensatzung für Leistungen der Feuerwehrtechnischen Zentrale (FTZ) und der Kreisfeuerwehr

Vorlage: 2025/172 ungeändert beschlossen

Beschluss:

1. Die zum 01.01.2025 in Kraft getretene Satzung über die Erhebung von Gebühren und Kostenersatz für Einsätze und Leistungen der Feuerwehrtechnischen Zentrale (FTZ) des Landkreises Peine vom 18.12.2024 wird aufgehoben. Der entsprechende Beschluss vom 18.12.2024 wird ebenfalls aufgehoben.

2. Die Satzung vom 26.02.1997 tritt rückwirkend für das Jahr 2025 wieder in Kraft.

3. Für entgeltliche Leistungen und freiwillig erbrachte Leistungen der Kreisfeuerwehr und der Feuerwehrtechnischen Zentrale (FTZ) werden ab 01.01.2026 Gebühren bzw. Kostenersatz auf der Grundlage der vorliegenden Gebührensatzung und des zugehörigen Gebühren- und Kostentarifes erhoben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei zwei Enthaltungen

Ja-Stimmen: 41 Nein-Stimmen: Enthaltung/en: 2

14. 4. Änderungssatzung zur Anstaltssatzung der Abfallwirtschafts- und Beschäftigungsbetriebe Landkreis Peine - Kommunale Anstalt des öffentlichen Rechts

Vorlage: 2025/180 ungeändert beschlossen

Beschluss:

Der Kreistag beschließt die in der Anlage beigefügte **4. Änderungssatzung zur Satzung der Abfallwirtschafts- und Beschäftigungsbetriebe Landkreis Peine kAÖR.**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Ja-Stimmen: 43 Nein-Stimmen: Enthaltung/en:

**15. Bestellung des Vorstandes der Abfallwirtschafts- und Beschäftigungsbetriebe
Landkreis Peine AöR zum 01.03.2026**

Vorlage: 2025/181 ungeändert beschlossen

Beschluss:

Die Mitglieder des Verwaltungsrates der Abfallwirtschafts- und Beschäftigungsbetriebe Landkreis Peine AöR werden zur Fassung des folgenden Beschlusses angewiesen:

- **Herr Mike Maczollek** und **Herr David Pfaff** werden mit Wirkung zum 01.03.2026 zu Vorständen der Abfallwirtschafts- und Beschäftigungsbetriebe Landkreis Peine AöR bestellt. Die Bestellung erfolgt auf Grundlage des geänderten § 5 der Anstaltssatzung (Zwei-Personen-Vorstand).

Der Verwaltungsrat wird beauftragt,

- o die erforderlichen Vorstandsverträge abzuschließen und
- o eine Geschäftsordnung gemäß § 5 Abs. 4 der Anstaltssatzung zu erarbeiten und zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Ja-Stimmen: 45 Nein-Stimmen: Enthaltung/en:

16. 6. Änderungssatzung zur Abfallentsorgungssatzung der Abfallwirtschafts- und Beschäftigungsbetriebe Landkreis Peine - Kommunale Anstalt des öffentlichen Rechts

Vorlage: 2025/182 ungeändert beschlossen

Beschluss:

Der Kreistag stimmt der in der Anlage beigefügten **6. Änderungssatzung zur Abfallentsorgungssatzung der Abfallwirtschafts- und Beschäftigungsbetriebe Landkreis Peine – Kommunale Anstalt des öffentlichen Rechts –** zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Ja-Stimmen: 45 Nein-Stimmen: Enthaltung/en:

17. Beschluss über Neufassung der Abfallgebührensatzung 2026

Vorlage: 2025/183 ungeändert beschlossen

Beschluss:

1. Der Kreistag stimmt der in Anlage beigefügten **Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Abfallentsorgung im Landkreis Peine (Abfallgebührensatzung)** in der Fassung für das Jahr 2026 zu.
2. Der Kreistag nimmt die in der Anlage beigefügte **Kalkulation der Abfallgebühren**

2026 zustimmend zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Ja-Stimmen: 45 Nein-Stimmen: Enthaltung/en:

18. Rechtsformwechsel Klinikum - Satzung AöR

Vorlage: 2025/195 ungeändert beschlossen

Beschluss:

1. Der Kreistag beschließt die als Anlage 1 beigefügte Satzung der Klinikum Peine AöR in der Fassung vom 03.12.2025
2. Der Kreistag nimmt den überarbeiteten Entwurf des Formwechselbeschlusses vom 03.12.2025 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei einer Enthaltung

Ja-Stimmen: 46 Nein-Stimmen: Enthaltung/en: 1

19. Beauftragung zur Durchführung des Rettungsdienstes

Vorlage: 2025/168 ungeändert beschlossen

Beschluss:

Die bestehende Interimsvereinbarung zur Durchführung des Rettungsdienstes im Landkreis Peine wird um zwei weitere Jahre, bis zum 31.12.2028, verlängert. Diese Verlängerung ist aufgrund der beiderseitigen Planungssicherheit bereits jetzt zu vereinbaren.

Abstimmungsergebnis:

Mit großer Mehrheit bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung

Ja-Stimmen: 45 Nein-Stimmen: 1 Enthaltung/en: 1

20. Niedersächsischer Weg: Vertrag zur Anlage von Rebhuhnschutzflächen

Vorlage: 2025/160 ungeändert beschlossen

Beschluss:

Der Landkreis Peine wird ermächtigt, im Rahmen des Vertragsnaturschutzprogramms zum Niedersächsischen Weg, einen Bewirtschaftungsvertrag zum Schutz des Rebhuhns und des Wildschutzes über eine Fläche von rund 116 ha für fünf Jahre abzuschließen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Ja-Stimmen: 47 Nein-Stimmen: Enthaltung/en:

21. Richtlinie zur Förderung der Kinder- und Jugendarbeit im Landkreis Peine

Vorlage: 2025/157 verwiesen

Beschluss:

Die Richtlinie zur Förderung der Kinder- und Jugendarbeit im Landkreis Peine tritt zum 01.01.2026 in Kraft und ersetzt die gleichlautende bisherige Richtlinie vom 01.08.2023. Der derzeitige Zuschuss nach der aktuellen Förderrichtlinie beträgt 6 € pro Tag und Teilnehmenden und soll auf 9 € pro Tag und Teilnehmenden erhöht werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: Nein-Stimmen: Enthaltung/en:

22. Änderung der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen an die im Kreistag des Landkreises Peine vertretenden Fraktionen und Gruppen

Vorlage: 2025/173 ungeändert beschlossen

KTA Christian Meyer begrüßt diese Neuordnung, bemängelt jedoch die Aussagen der Verwaltung im Vorfeld zum gewünschten Abo der „Epoch Times“, dass ihm zunächst verwehrt worden sei.

Beschluss:

Die Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen an die im Kreistag des Landkreises Peine vertretenden Fraktionen und Gruppen wird in der vorliegenden Form beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Ja-Stimmen: 47 Nein-Stimmen: Enthaltung/en:

23. Kommunalwahl 2026 - Festlegung der Wahlbereiche

Vorlage: 2025/192 verwiesen

Beschluss:

Für die Kreiswahl am 13.09.2026 werden die folgenden Wahlbereiche festgelegt:

Wahlbereich I: Edemissen/Wendeburg

Wahlbereich II: Lengede/Vechelde

Wahlbereich III: Hohenhameln/Ilse

Wahlbereich IV: Peine-West

Wahlbereich V: Peine-Ost

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: Nein-Stimmen: Enthaltung/en:

24. Teilnahme am Bundesprogramm "Förderung kommunaler Sportstätten"

Vorlage: 2025/194 ungeändert beschlossen

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt für das Bundesförderprogramm „Sanierung kommunaler Sportstätten 25“ die Projekte Ersatzneubau Sporthalle Edemissen, Ersatzneubau Sporthalle Ratsgymnasium und Ergänzungsneubau Sporthalle Ilsede anzumelden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Ja-Stimmen: 47 Nein-Stimmen: Enthaltung/en:

25. Antrag der Gruppen SPD/Bündnis 90 Die Grünen und CDU/FDP - Hol und Bringzone BBS Peine

Vorlage: ungeändert beschlossen

Beschluss:

Die Verwaltung prüft die Einrichtung einer Hol- und Bringzone auf dem Parkplatz der BBS Peine.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Ja-Stimmen: 47 Nein-Stimmen: Enthaltung/en:

**26. Antrag der Gruppe CDU/FDP - Gemeinschaftsprojekt Radweg entlang der Kreiss-
straße 7 zwischen Wehnsen und Dedenhausen**

Vorlage: 2025/193 vertagt

Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: Nein-Stimmen: Enthaltung/en:

**27. Antrag der Gruppe CDU/FDP - Gemeinschaftsprojekt Radweg entlang der Kreiss-
straße 10 zwischen Plockhorst und Ohof**

Vorlage: abgelehnt

KTA Plett geht auf den vorliegenden Antrag der Gruppe CDU/FDP ein. Er dankt in diesem Zusammenhang Herrn Schulz, Fachdienstleiter Straßen, sowie Herrn Schacht aus Referat 4 für die schnelle Beantwortung seiner Fragen. Der Landkreis Gifhorn hätte auf einstimmigen Beschluss des dortigen Kreistages bereits entsprechende Finanzmittel für dieses landkreisübergreifende Projekt in seinen Haushalt (2026: 35.000 Euro, 2027: 10.000 Euro, 2028: 135.000 Euro) eingestellt. Auch die Gemeinde Edemissen hätte für diese Maßnahme 10.000 Euro in ihren Haushalt eingestellt. Nun müsse auch der Landkreis Peine seinen Beitrag dazu leisten, diesen Radweg umzusetzen. Die Aufnahme in die Prioritätenliste müsse, nach Meinung von KTA Plett, so nicht erfolgen. Laut dem beschlossenen Radverkehrskonzept solle das Radverkehrs-Sonderprogramm ohne Priorisierung, unter das diese Maßnahme fallen würde, zunächst parallel zum bestehenden Mehrjahresbauprogramm mit entsprechender Priorisierung laufen. Radwege würden einen wichtigen Beitrag für die Sicherheit im Straßenverkehr leisten. Sofern der Kreistag diesem Antrag heute nicht zustimmen werde, dann bestehe die Gefahr, dass der bereits getroffene Beschluss des Gifhorer Kreistages hierzu nicht umgesetzt werde.

KTA Dr. Efken teilt mit, dass das vorliegende Radverkehrskonzept des Landkreises Peine als Grundlage für weitere Beratungen für den Ausbau der Radverkehrsinfrastruktur gelte. Die Gruppe CDU/FDP beantragt nun den Bau von zwei einzelnen Radwegen, die im Radverkehrskonzept mit hoher Priorität stünden. Mit gleicher Priorität würden jedoch noch weitere 17 Radwege im Radverkehrskonzept stehen.

Im Mai 2023 sei von der Gruppe CDU/FDP bereits der Bau eines Radweges zwischen Wolterf und Dungenbeck beantragt worden. Dieser würde derzeit jedoch von der Gruppe CDU/FDP nicht mehr so intensiv weiterverfolgt werden, wie die beiden neuen Anträge. Laut KTA Dr. Efken würden diese beiden Einzelanträge im Hinblick auf das beschlossene Radverkehrskonzept nicht der vom Kreistag festgelegten Vorgehensweise entsprechen. Sollten diese beiden Einzelanträge umgesetzt werden, bestehe die Gefahr, dass dies eine Flut weiterer Anträge nach sich ziehen würde.

Aus diesem Grund werde vorgeschlagen, dass die Landkreisverwaltung zunächst prüfe, wie konkret und verbindlich die angesprochenen Kommunen ihre Kostenübernahme zugesagt hätten. Zudem könnte ein neues Radwegeinvestitionsprogramm auf Grundlage des Radverkehrskonzeptes verhandelt und erstellt werden. Laut NBank würden entsprechende Fördermittel nicht vor 2027 zur Verfügung stehen.

KTA Wedekind erklärt, dass die SPD-Kreistagsfraktion nicht bereit sei, den Bau des Radweges zwischen Plockhorst und Ohof außerhalb der regulären Priorisierung in das Mehrjahresbauprogramm aufzunehmen. Die SPD-Kreistagsfraktion vertrete die Auffassung, alle kreisangehörigen Kommunen im Blick zu haben. Genau deshalb gebe es für den Landkreis ein Radwegeinvestitionsprogramm, ein Mehrjahresausbauprogramm und ein Radverkehrskonzept. Durch diese Maßnahmen sollten alle Radwege so objektiv wie möglich im Blick behalten und priorisiert werden. Durch die Anträge der Gruppe CDU/FDP würden andere Maßnahmen entsprechend nach hinten rücken. Er stellt daher den Antrag, diese Baumaßnahme in das Mehrjahresbauprogramm ohne Priorisierung aufzunehmen.

KTA Plett betont, dass das Radverkehrs-Sonderprogramm parallel zum Mehrjahresbauprogramm laufen solle, daher werde keine entsprechende Priorisierung benötigt. Daher müsse heute nur entschieden werden, ob die entsprechenden Finanzmittel für diesen Radweg in den Haushalt eingestellt würden. Ansonsten würden dies dem Radverkehrskonzept widersprechen.

KTA Schampera befürwortet den vorliegenden Antrag der Gruppe CDU/FDP. Was zählt, seien die überzeugenden Sachargumente und nicht die Parteizugehörigkeit.

KTA Hoffmann weist darauf hin, dass der beantragte Radweg zu keiner Schule führen würde, also nicht zur Verkehrssicherheit der Schülerinnen und Schüler beitragen würde. Bei

Umsetzung des Antrages würde der bereits mehrmals zurückgestellte Radweg von Münstedt (Gemeinde Ilsede) über das Weiße Kreuz zur IGS in der Gemeinde Lengede noch weiter nach hinten geschoben werden. Zudem würden für ein Radverkehrs-Sonderprogramm auch Sondermittel benötigt. Denn die Möglichkeiten der Kreisverwaltung zur Umsetzung dieser Maßnahme seien finanziell und personell begrenzt. Zudem müsste für den Radweg auch noch eine Brücke über die Bahnlinie gebaut werden.

Durch die Umsetzung der beiden von der Gruppe CDU/FDP vorgeschlagenen Radwege müssten daher nach dem Investitionsprogramm im Haushalt folgende andere Radwege aufgrund fehlender zusätzlicher Ressourcen entfallen: Sierße – Bettmar, Ilsede – Münstedt (B1), Ilsede – Groß Lafferde (B1), Wipshausen und Hohenhameln.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Zunächst erfolgt die Abstimmung über den vorliegenden Antrag der Gruppe CDU/FDP.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt bei achtzehn Zustimmungen und drei Enthaltungen

Ja-Stimmen: 18 Nein-Stimmen: 25 Enthaltung/en: 3

Im Anschluss erfolgt die Abstimmung über den Antrag von KTA Wedekind, diese Baumaßnahme in das Mehrjahresbauprogramm ohne Priorisierung aufzunehmen.

Der Kreistag beschließt dies einstimmig.

28. Verzicht auf Erstellung des konsolidierten Gesamtabchlusses für das Haushaltsjahr 2023

Vorlage: 2025/149 ungeändert beschlossen

Beschluss:

Auf die Erstellung von konsolidierten Gesamtab schlüssen für das Jahr 2023 wird verzichtet, da die betroffenen Aufgabenträger des Landkreises Peine für die Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage von untergeordneter Bedeutung sind.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Ja-Stimmen: 47 Nein-Stimmen: Enthaltung/en:

29. Haushaltssicherungsbericht 2025 und Haushaltssicherungskonzept 2026

Vorlage: 2025/185 ungeändert beschlossen

Beschluss:

Der Haushaltssicherungsbericht 2025 und das Haushaltssicherungskonzept 2026 werden wie vorgelegt beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei zwei Enthaltungen
Ja-Stimmen: 45 Nein-Stimmen: Enthaltung/en: 2

30. Gesamthaushalt 2026

Vorlage: 2025/187 ungeändert beschlossen

Landrat Heiß stellt fest, dass die finanzielle Situation in den Kommunen desaströs sei. Weitere Informationen hierzu würden durch Erste Kreisrätin Conrady und Herrn Heinisch im Anschluss folgen.

Landrat Heiß bedankt sich bei allen Mitarbeitenden der Kreisverwaltung, die an der Erstellung des Haushaltes mitgewirkt hätten. Sein weiterer Dank gilt den Mitgliedern des Kreistages für die guten Beratungen in den Fachausschüssen trotz dieser schwierigen Situation.

Erste Kreisrätin Conrady teilt mit, dass die Planungen für das kommende Jahr mit einem Defizit von 56 Mio. Euro nochmals prekärer als in den vergangenen zwei Jahren ausfallen würden. Zudem würden die bereits seit dem Haushalt 2024 eingeleiteten und fortgeführten Konsolidierungsmaßnahmen nicht annähernd ausreichen, um die finanzielle Situation des Landkreises nachhaltig zu verbessern. Im Gegenteil: Der negative Trend der finanziellen Entwicklung des Landkreises der vergangenen drei Jahre setze sich fort.

Unter den finanzpolitischen Rahmenbedingungen und der damit einhergehenden - seit Jahren landesweit und inzwischen auch bundesweit beklagten - strukturellen Unterfinanzierung der Landkreise für Pflichtaufgaben werde sich die Finanzlage des Landkreises Peine auch mittelfristig nicht verbessern können. Allein die dynamische Ausgabenentwicklung, insbesondere im Sozialbereich und der stetige, nicht refinanzierte Anstieg der Transferaufwendungen in der Jugendhilfe würden weiterhin große Sorge bereiten – zumal sich die Schlüsselzuweisungen im kommenden Jahr um 2,14 Mio. Euro vermindern und damit auf das Niveau der Jahre 2023 und 2024 zurückfallen würden. Auch die Einnahmen aus der Kreisumlage würden nach aktuellen Zahlen des Landes aus November 2025 um 3,58 Mio. Euro gegenüber der Planung zurückgehen.

Von einer auskömmlichen Refinanzierung der stetig zunehmenden Pflichtaufgaben sei man damit weiterhin weit entfernt. Nicht nur der Landkreis Peine, sondern nahezu alle Landkreise in Niedersachsen und auch bundesweit hätten deutlich defizitäre Haushalte. Der Anteil der freiwilligen Leistungen liege - ohne den Zuschuss an das Klinikum – unverändert bei mittlerweile nur noch drei Prozent und sei damit bereits auf ein Minimum reduziert.

In den politischen Beratungen sei deutlich geworden, dass weitere Kürzungen im Rahmen der Haushaltssicherung bestehende wichtige gesellschaftliche und soziale Strukturen im Landkreis nachhaltig zerstören würden und damit nicht mehr vertretbar seien. Der bestehenden strukturellen Unterfinanzierung könne daher nur durch eine signifikante Änderung der finanziellen Rahmenbedingungen seitens des Bundes und des Landes entgegengewirkt werden.

Zum Abschluss ihrer Ausführungen dankt Erste Kreisrätin Conrady den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kreisverwaltung für die Anstrengungen bei der Haushaltsaufstellung unter diesen äußerst schwierigen Bedingungen, aber insbesondere auch allen Kreistagsabgeordneten für die sehr sachliche, lösungsorientierte und konstruktive Beratung.

Herr Heinisch, Leiter des Fachdienstes Finanzen, gibt anschließend einen Überblick über den Haushalt für 2026 und insbesondere über die wesentlichen Änderungen seit der Einbringung des Haushaltsentwurfes in der Kreistagssitzung am 01.10.2025.

(Anmerkung der Protokollführerin: Die Präsentation ist im Kreistagsinformationssystem in der Tagesordnung dem TOP angehängt.)

KTA Hoffmann dankt im Namen der SPD-Kreistagsfraktion Landrat Heiß und allen

Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kreisverwaltung für die im vergangenen Jahr geleistete Arbeit. Ein besonderer Dank gehe, im Hinblick auf die gute und kompetente Betreuung bei den Fraktionsberatungen zum Haushalt, an die Erste Kreisrätin Conrady sowie Herrn Heinisch und seinen Mitarbeitenden.

Die Beratungen zum Haushalt 2026 würden sich nur unwesentlich von denen der vergangenen Jahre unterscheiden. Bereits zum dritten Mal hätte der Haushalt planmäßig nicht ausgeglichen werden können. Die Neuverschuldung steige weiter. Ein Haushaltssicherungskonzept hätte wieder erstellt werden müssen, um dem genehmigenden Ministerium, das den Kommunen nicht die erforderlichen Mittel zum Ausgleich ihrer Haushalte gewähre, eine geregelte Haushaltsführung nachzuweisen, um damit eine Genehmigung vor allem für die geplanten Investitionen der nächsten Jahre zu erhalten. In dieser Situation würden sich so gut wie alle Kommunen in Niedersachsen befinden. Die zur Aufgabenwahrnehmung zur Verfügung gestellten Gelder würden nicht ausreichen. Immer neue Aufgaben würden vom Bund und dem Land auf die Kommunen übertragen. Bei der Finanzierung und dem Finden von ausreichend qualifiziertem Personal würden die Kommunen jedoch meist allein gelassen.

Beim Haushaltssicherungskonzept seien an erster Stelle alle freiwilligen Leistungen zu prüfen, zu denen der Landkreis weder durch Gesetz oder durch Aufgabenübertragung verpflichtet sei. Bereits in den vergangenen Jahren hätte geschaut werden müssen, welche dieser Aufgaben hätten gestrichen werden können. Die Umsetzung weiterer Sparvorschläge würde vor allem im Bereich von Beratung, Bildung, Kultur und Sport massive Einschnitte und den Wegfall von Angeboten bedeuten. Aus dem Haushaltssicherungsbericht 2025 und dem vorgelegten Haushaltssicherungskonzept gehe hervor, dass der Landkreis auskonsolidiert sei. Selbst die Streichung sämtlicher freiwilligen Leistungen würde keinen ausgeglichenen Haushalt ergeben.

Die Schwerpunkte der SPD-Kreistagsfraktion bei der politischen Diskussion seien der Erhalt der Schullandschaft mit allen Schulformen in gleichmäßig verteilten und gut ausgestatteten Schulzentren und die soziale Infrastruktur mit breit aufgestellten Beratungs- und Betreuungsangeboten für nahezu alle Lebenslagen. Allen in diesem Bereich engagierten Haupt- und Ehrenamtlichen gelte besonderer Dank für ihren bis an die Grenzen gehenden Einsatz. Der Erhalt, die Stärkung sowie der mögliche Ausbau dieser sozialen Strukturen sei schon immer ein erklärtes Ziel der SPD im Kreis Peine gewesen.

Die vielfältigen Angebote im Kulturbereich sollten erhalten werden. Für die hervorragende Arbeit der Kulturschaffenden und -vermittelnden gelte es seitens des Landkreises die nötigen Rahmenbedingungen zu erhalten. Die Förderung des Sports, der Vereine und der vorhandenen Sportstätten hätte lange Tradition. Dies zeige sich aktuell in der Schaffung neuer Hallenflächen, zum Beispiel in Vechelde und Lengede, für den Schul- und den Vereinssport.

Nach der geglückten Übernahme des Klinikums Peine in schweren Zeiten hätte die weitere Entwicklung zügig vorangetrieben werden können. Nachdem das Klinikum Peine in das Krankenhausentwicklungskonzept des Landes aufgenommen worden sei, hätten die Planungen zum Neubau erfolgen können. Hier hätten durch die schnelle und kompetente Umsetzung die Gremien und Behörden auf Landesseite mehr als beeindruckt werden können. Dank gebühre hier vor allem Herrn Dr. Tenzer und seinem Team. Das Klinikum Peine sei zentraler Baustein der medizinischen Versorgung und des Rettungsdienstes. Die hierfür notwendigen Investitionen seien unverzichtbar für eine vollständige Versorgung. Die SPD stehe zu den vorhandenen Konzepten und werde weiterhin für das Klinikum Peine eintreten.

Die baulichen Erweiterungen in der Feuerwehrtechnischen Zentrale seien notwendig, um die Aufgabe als zentrale Anlauf- und Servicestelle für die Freiwilligen Feuerwehren auch weiter in der guten Qualität und Verlässlichkeit anbieten zu können. Neben diesen Aufgaben werde auch der Klimaschutz als Rahmenthema weiterhin elementarer Bestandteil des kommunalen Handelns bleiben. Hier müssten weitere Anpassungen der Infrastruktur zur Bewältigung von Krisen und Katastrophen erfolgen. Der Hochwasserschutz müsse aktualisiert und auf die Beherrschung von Starkregenereignissen ein besonderes Augenmerk gelegt werden. Die finanziellen Spielräume seien aufgebraucht und die Risiken für kommende Jahre würden

größer werden. Trotzdem gelte es, die vorhandenen Strukturen und Angebote über die kommenden Jahre zu erhalten.

Dieser vorliegende Haushalt sei der Letzte, der in dieser Wahlperiode zu beschließen sei. KTA Hoffmann dankt Landrat Heiß, der aus Altersgründen nicht zur Wiederwahl antreten werde, für die langen und erfolgreichen Jahre im Dienst des Landkreises Peine und die gute und konstruktive Zusammenarbeit.

Die SPD-Kreistagsfraktion werde dem vorliegenden Haushalt zustimmen.

KTA Christian Meyer erklärt, dass nicht erkennbar sei, wie der Landkreis zu den jetzigen Bedingungen jemals die Schuldenlast des geplanten Großprojektes Klinikum abbauen und die Zinslasten tragen könne, solange die Kommunen willig unsinnige Vorgaben von Bund und Ländern umsetzen, bereitwillig immer neue Planstellen aufwachsen lassen und nicht gegen den allgemeinen Irrsinn aufbegehren würden.

Die Gruppe dieBasis/Reimers könne unter den derzeitigen politischen und wirtschaftlichen Bedingungen dem vorliegenden Haushalt nicht zustimmen.

Auch wenn die AfD-Kreistagsfraktion den Neubau des Klinikums befürworte, sei der vorliegende Haushalt, laut KTA Engelhardt, eine Bankrotterklärung. So wie jetzt könne, im Hinblick auf die nachfolgenden Generationen, nicht weiter gewirtschaftet werden.

Die Kreistagsfraktion der AfD werde dem vorliegenden Haushalt daher nicht zustimmen.

KTA Ilse Schulz verweist auf die weitere Verschlechterung der bereits desolaten Finanzlage des Kreishaushaltes um weitere fünf bis sechs Millionen Euro seit Oktober 2025. Das Defizit liege derzeit bei 55-56 Millionen Euro. Bereits vor einem Jahr hätte Erste Kreisrätin Conrady auf die drohende Überschuldung des Landkreises Peine hingewiesen. Diese stehe unmittelbar bevor. Erneut sei ein Haushaltssicherungskonzept, jetzt für diesen Haushalt, vom Land gefordert worden. KTA Ilse Schulz frage sich, wo im Haushalt noch eingespart werden könne, wenn die Quote der freiwilligen Leistungen bei lediglich drei Prozent liege. Allein die Zinsausgaben seien horrend. Die schwerste Bürde sei der Neubau des Klinikums. Der Landkreis Peine sei mit dessen Neubau in der jetzt geplanten überdimensionierten Form finanziell überfordert. KTA Ilse Schulz dankt in diesem Zusammenhang ausdrücklich der Peiner Ärzteschaft, die angesichts dieser Entwicklung mit ihrer berechtigten Kritik den Blick auf das Wesentliche gelenkt hätte. Sie weist zudem auf die Stellungnahme des Bundes der Steuerzahler hin und bittet, sich näher damit zu befassen.

Aus diesen Gründen werde KTA Ilse Schulz den vorliegenden Haushalt ablehnen.

KTA Claudia Wilke erklärt, dass der geplante Neubau des Klinikums Peine seit Monaten mit den Begriffen „Luxus“ und „überdimensioniert“ belegt werde. Wer jedoch notwendige Gesundheitsinfrastruktur schlecht rede, betreibe keine Vorsorgepolitik, sondern gehe ins Risiko. Zudem investiere der Landkreis Peine nicht nur in das Klinikum, sondern flächendeckend in Schulen, Straßen, Radwege und soziale Infrastruktur und Klimaschutz. Diese Investitionen gegeneinander auszuspielen sei nicht nur unseriös, sondern politisch fahrlässig. Ehrlichkeit sei wichtig, auch wenn sie unter Umständen unbequem sei. Die sozialen Träger im Landkreis Peine stünden unter einem massiven Druck, da die Zuschüsse seit 2023 eingefroren und Tarifsteigerungen somit nicht ausgeglichen worden seien. Es gelte daher, die soziale Infrastruktur genauso zu schützen wie die bauliche. Denn ohne stabile Verbände gebe es keine stabile Gesellschaft. Der Landkreis Peine könne seine Aufgaben aus den ihm zugewiesenen Finanzmitteln jedoch nicht allein stemmen. Der kommunale Finanzausgleich sei seit Jahren unzureichend. Hier dürften Bund und Land die Kommunen nicht länger im Regen stehen lassen. Benötigt werde eine faire Finanzierung, die den realen Anforderungen entspreche.

Der Neubau des Klinikums sei eine der wichtigsten Zukunftsinvestitionen im Landkreis Peine. Die Kreistagsfraktion der Grünen stehe hinter diesem Neubauprojekt, den dortigen Arbeitsplätzen, der medizinischen Versorgung und einer Gesundheitsinfrastruktur, die modern, effizient und zukunftssicher sei. Fragen zum Klinikum und dessen Auslastung seien legitim. Wenn jedoch seit Monaten ein verfälschtes Bild gezeichnet werde, das nicht mit der

Realität eines Gesundheitswesens zu tun hätte, dann sei das eben falsch. Wer den Neubau kleinrede und als „Luxus“ bezeichne, sende damit Signale der Unsicherheit an Beschäftigte, Patientinnen und Patienten und mögliche Fachkräfte. Diese Art der Politik verzögere Entscheidungen, verteuere Projekte und schwäche die Attraktivität des Standortes Peine. Die Kreistagsfraktion der Grünen verfolge einen anderen Ansatz. Sie entwickle weiter, arbeite mit Fakten und übernehme Verantwortung. Das Raum- und Funktionsprogramm des Klinikums sei durch das Niedersächsische Sozialministerium geprüft und genehmigt worden. Gesundheitsminister Philippi hätte sich zum Klinikum Peine als Regel- und Grundversorger und eventuell sogar als Schwerpunktversorger positioniert. Dies zeige, dass das Neubauprojekt notwendig sei.

KTA Claudia Wilke bedankt sich bei der Führungsebene sowie den Mitarbeitenden der Kreisverwaltung für die geleistete Arbeit und insbesondere bei Herrn Heinisch, Leiter des Fachdienstes Finanzen, für den verständlichen und gut lesbaren Haushaltsentwurf, die zudem auch noch persönlich und ausführlich erklärt würden. Sie bedankt sich zudem für die gute Vorbereitung der Beschluss- und Informationsvorlagen. Diese seien stets verständlich und klar.

Die Kreistagsfraktion der Grünen werde dem vorliegenden Haushalt zustimmen.

KTA Baum stellt fest, dass einige Parteivertreter hier im Kreistag sehr gut die Möglichkeit hätten, sich bei Bund und Land für eine auskömmliche Finanzierung der Kommunen einzusetzen. Die medizinische Versorgung der Bevölkerung im Landkreis Peine sei für alle eine Herzensangelegenheit. Niemand sei gegen einen Neubau des Klinikums, aber die für diese Sitzung angekündigte Benennung der voraussichtlichen Kosten für den Neubau sei bisher nicht erfolgt. Der Landkreis finanziere also in ein dunkles Loch, ohne zu wissen, wohin die Reise gehe. Und auch im Bereich der medizinischen Versorgung gebe es sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene Überlegungen, die Krankenhauslandschaft generell zu überarbeiten.

Er werde dem Haushalt daher nicht zustimmen und beantrage zudem die namentliche Abstimmung, um im Falle einer Neuplanung des Klinikums bei möglichen Regresszahlungen festzustellen, wer wie abgestimmt habe.

KTA Kramer stellt fest, dass der vorhandene Haushaltsfehlbetrag von 2011 in Höhe von 64 Millionen Euro sowie die Liquiditätskredite in Höhe von 80 Millionen Euro innerhalb von zehn Jahren bis 2021 abgebaut worden seien. 2022 hätte sogar ein Überschuss von 11 Millionen Euro erzielt werden können. 2023 hätte es durch Corona und die Ukraine wieder ein leichtes Defizit von 4 Millionen Euro gegeben. 2024 hätte das Defizit dann schon bei 18 Millionen Euro und 2025 mit Nachtrag schon bei 34 Millionen Euro gelegen. 2026 werde es einen Fehlbetrag von 56 Millionen Euro geben. So hätten sich in nur vier Jahren Verluste von rund 112 Millionen Euro aufgetürmt. Alle Investitionen des Landkreises Peine würden vollständig über Kredite finanziert. Diese Kredite würden mit Abtrag und Zinsen den Ergebnishaushalt belasten. Bei Kreditausschreibungen würden manche Kreditinstitute kein Angebot mehr abgeben. Auch die Sparkassen seien im kommunalen Kreditgeschäft immer weniger vertreten. Der schlechte Haushalt des Landkreises Peine sei das Ergebnis von ungerechter Politik in Bund und Land. Das Konnexitätsprinzip sei nichts mehr wert, denn Bund und Land würden sich ihre Wohltaten von den Kommunen bezahlen lassen.

Im Bereich des ÖPNV zahle nicht der Bund das Deutschlandticket, denn auch 63 Euro seien nicht kostendeckend. Die Differenz würden die Kommunen übernehmen. Der Landkreis Peine zahle insgesamt für den ÖPNV 18 Millionen Euro, im Schülerverkehr fast 11 Millionen Euro, davon 5,4 Millionen Euro für die Einzelbeförderung. Der Regionalverband Großraum Braunschweig erhalte vom Landkreis Peine 6 Millionen Euro. Hinzu kämen nochmals 1,7 Millionen Euro für die allgemeine Umlage im Bereich des ÖPNV. Das Land Niedersachsen sei mit 15 Euro Schlusslicht bei der Verkehrsförderung.

Die Ganztagsbetreuung mit Integration und Inklusion in Schulen werde den Kommunen zusätzlich übertragen, aber ohne ausreichende Gegenfinanzierung. Flüchtlingsbedingte Unterkunftskosten würden die Kommunen in Niedersachsen mit jährlich rund 3,4 Milliarden Euro belasten. Und auch der Bereich Jugendhilfe werde nicht voll refinanziert. Auf diese

Weise seien explosionsartige Steigerungen bei den Sozialausgaben in fünf Jahren um 60 Prozent zu verzeichnen.

Bereits vor Jahrzehnten seien mit der BBG und der Arbeitsagentur hunderte von Arbeitsgelegenheiten für Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger geschaffen worden. Fördern und fordern, auch mit Sanktionen, sei damals Tagesgeschäft gewesen. Nachdem danach nur noch Wohltaten vergeben worden seien, sei es jetzt wieder dringend nötig, an Eigenverantwortung und Pflichtbewusstsein zu erinnern.

Zudem werde beim Niedersächsischen Finanzausgleich auch noch der Verteilungsschlüssel zu Lasten der Landkreise verschoben. Auf diese Weise würden erneut Mittel zu Lasten des ländlichen Raumes umgeschichtet.

Bei den freiwilligen Ausgaben, die lediglich drei Prozent vom Gesamthauhalt betragen würden, gebe es nichts zu kürzen.

Obwohl die Kommunen zur ausreichenden medizinischen Versorgung der Bürgerinnen und Bürger verpflichtet seien, sei der Betrieb eines Krankenhauses offiziell keine Pflichtaufgabe. Wie der Landkreistag feststellte, sei die nicht ausreichende Finanzierung der Betriebskosten von Krankenhäusern durch den Bund ein Hauptverursacher des dramatischen kommunalen Finanzdefizites. Aber auch von der früher selbstverständlichen Investitionsförderung für den Bau und die Sanierung von Krankenhäusern durch das Land sei nicht mehr viel übrig. Der Landkreis zahle zwar jedes Jahr in die Krankenhausumlage, aber es werde sich noch zeigen, was er letztendlich dafür erhalten werde. Auf den Landkreis kämen jetzt weitere 22 Millionen Euro Kosten für das Klinikum zu. Um Planungen fortzuführen und keine ungenutzt verzögernde baukostenträchtige Zeit zu verlieren. Die Gruppe CDU/FDP setze sich für den Erhalt des Klinikums ein. Um den Standort des Klinikums weiter zu erhalten, sei ein Neubau unumgänglich. Denn der Bedarf sei unumstritten. Aktuelle Zahlen würden 25.000 jährliche Behandlungen, davon 10.000 stationär im Klinikum aufzeigen. 85 Prozent der stationären Behandlungen seien medizinische Notfälle. Das Klinikum sei nicht nur für die hiesige Bevölkerung, sondern auch für Patientinnen und Patienten aus der Region Hannover, für Unfälle auf der Autobahn, für Einsätze im Katastrophenschutz, für Anforderungen im Bereich der Verteidigung auf der wichtigsten West-Ost-Achse Deutschlands zuständig. Für diese überregionalen Leistungen müssten sich Bund und Land stärker als üblich an den Baukosten beteiligen. Hierfür seien Gelder aus dem Investitionsfonds „Bau und Verteidigung“ vorgesehen. Eine Begleitung durch unsere MdB und MdL sei dabei erforderlich.

Der desaströse Haushalt sei nicht durch die Verwaltung und den Landrat, durch politisch opulente Wünsche oder durch den Kreistag verursacht worden. Schuld allein sei die mangelhafte kommunale Ausstattung mit Finanzmitteln durch das Land.

Die Gruppe CDU/FDP werde dem vorliegenden Haushalt daher mit erneut großen Bedenken mehrheitlich zustimmen.

KTA Kramer dankt zunächst dem Kämmerer Herrn Heinisch und seinem Team. Ein weiterer Dank geht an die erkrankte Frau Scholz mit besten Genesungswünschen. Zudem dankt er Frau Angerer, Frau Schröder und Herrn Laaß für die stets gute Vorbereitung der Sitzungen. KTA Kramer dankt außerdem der Sparkasse als heutigen Gastgeber sowie den ehrenamtlichen Kreistagsabgeordneten für die überwiegend gute Zusammenarbeit.

KTA Schampera bemängelt, dass keine frischen Ideen zur Haushaltskonsolidierung eingeholt worden seien. Er selbst hätte seinerzeit die Einrichtung eines entsprechenden Ausschusses gebeten, der sich mit diesem Thema befassen sollte. Zudem fehle die nötige Transparenz in der Tiefe, um Lösungsvorschläge erarbeiten zu können. Lediglich zu sagen, es hätte keine Chance gegeben, sich politisch durchzusetzen, sei etwas zu einfach. Er stelle sich die Frage, warum nicht alle Kommunen zusammen für eine bessere finanzielle Ausstattung durch Bund und Land kämpfen würden.

Der Neubau des Klinikums werde in der geplanten Größe von ihm unterstützt. Es sei nicht sinnvoll, diese Entscheidung ständig in Frage zu stellen.

KTA Schampera werde dem vorliegenden Haushalt nicht zustimmen.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Zunächst erfolgt die Abstimmung über den Antrag von KTA Baum zur namentlichen Abstimmung. Hierfür sei, so Landrat Heiß, laut § 14 Absatz 4 der Geschäftsordnung eine Zustimmung von mindestens einem Drittel der anwesenden Kreistagsabgeordneten erforderlich.

Der Antrag von KTA Baum auf namentliche Abstimmung wird bei sieben Ja-Stimmen und zwei Enthaltungen mit 38 Nein-Stimmen abgelehnt.

Kreistagsvorsitzender Marotz schlägt vor, dass bei der nun folgenden Abstimmung alle Textteile, die auf gegebenenfalls vorhandene weitere Einzelentscheidungen in den Ziffern 1 bis 3 abheben würden, hier herausgenommen würden. Der Kreistag stimmt dem zu.

Beschluss:

1. Dem doppelten Produkthaushaltsplan 2026 einschließlich der Änderungslisten vom 24.11.2025, Änderungen in der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung sowie ggfs. vorhandener weiterer Einzelentscheidungen wird zugestimmt.
2. Dem Stellenplan einschließlich der Auswirkungen der Änderungsliste und ggfs. vorhandener weiterer Beschlüsse wird zugestimmt.
3. Dem Investitionsprogramm/Investitionsförderprogramm einschließlich der Auswirkungen der Änderungsliste und ggfs. vorhandener weiterer Beschlüsse wird zugestimmt. Alle veranschlagten Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen und die damit verbundene Kreditaufnahme werden als unbedingt notwendig im Sinne des Krediterlasses angesehen.
4. Der Beteiligungsbericht des Landkreises Peine 2025 wird zur Kenntnis genommen.
5. Die Haushaltssatzung 2026 inklusive möglicher weiterer Auswirkungen zu den Beschlüssen zu 1. bis 5. wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

1. Mehrheitlich bei fünf Gegenstimmen und vier Enthaltungen
Ja-Stimmen: 38 Nein-Stimmen: 5 Enthaltung/en: 4
2. Mehrheitlich bei neun Gegenstimmen und zwei Enthaltungen
Ja-Stimmen: 36 Nein-Stimmen: 9 Enthaltung/en: 2
(mit Aufnahme der halben Stelle Klimaschutz)
3. Mehrheitlich bei neun Gegenstimmen und vier Enthaltungen
Ja-Stimmen: 34 Nein-Stimmen: 9 Enthaltung/en: 4
4. Der Kreistag nimmt Kenntnis
5. Mehrheitlich bei zehn Gegenstimmen und vier Enthaltungen
Ja-Stimmen: 34 Nein-Stimmen: 10 Enthaltung/en: 4

Anlage 1 Präsentation KT Haushalt endgültig 10-12-2025

31. Annahme und Vermittlung von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen; Geldspende für die IGS Lengede sowie drei Sachspenden für das Gymnasium am Silberkamp

Vorlage: 2025/176 ungeändert beschlossen

Beschluss:

- a. Der Annahme der Geldspende in Höhe von 3.000 € wird zugestimmt.
- b. Der Annahme der Sachspende im Wert von 2.500 € wird zugestimmt.
- c. Der Annahme der Sachspende im Wert von 3.000 € wird zugestimmt.
- d. Der Annahme der Sachspende im Wert von 1.200 € wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Ja-Stimmen: 47 Nein-Stimmen: Enthaltung/en:

32. Bericht des Landrates**Vorlage:**

Landrat Heiß informiert darüber, dass die Präventionsketten im Landkreis Peine den Deutschen Kita-Preis 2025 in der Kategorie „Lokales Bündnis für frühe Bildung des Jahres“ gewonnen hätten. Mit dem Preis sei ein Preisgeld in Höhe von 25.000 Euro verbunden. Es handele sich hierbei um einen herausragenden Erfolg für die interkommunale Zusammenarbeit von Stadt und Landkreis Peine.

Landrat Heiß dankt in diesem Zusammenhang allen Beteiligten, insbesondere Sozialdezernentin Prof. Dr. Friedrich.

33. Anfragen und Anregungen**Vorlage:**

KTA Reimers bemängelt die Akustik in einigen Sitzungsräumen und schlägt vor, diese mit Mikrofonen aus dem Kreismedienzentrum bei den Sitzungen auszustatten.

KTA Maik Meyer dankt als Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses allen Beteiligten, insbesondere im Jugendamt, für ihr tagtägliches Engagement im Bereich der Präventionsketten im Landkreis Peine.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Jugendamtes hätten mit einer einzigen Frage, die sie sich gestellt hätten, für bundesweite Aufmerksamkeit gesorgt: Was brauchen Kinder und ihre Familien, um Übergänge gut zu meistern. Hiermit hätten die Präventionsketten im Landkreis Peine den Deutschen Kita-Preis 2025 in der Kategorie „Lokales Bündnis für frühe Bildung des Jahres“ gewonnen und sich damit gegen mehr als 600 Bewerbungen aus ganz Deutschland durchgesetzt.

Der Kreistag würdigt dieses Engagement.

Es gibt keine weiteren Anfragen und Anregungen.

Kreistagsvorsitzender Marotz beendet um 19:42 Uhr den öffentlichen Teil der 21. Sitzung des Kreistages und verabschiedet die Zuhörerinnen und Zuhörer sowie die Presse.

Hartmut Marotz
Vorsitzender des Kreistages

Katja Schröder
Protokollführerin

Henning Heiß
Landrat